W-1 Nach den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen: Antifa in die Offensive!

Gremium:	Bundesvorstand, Landesvorstand Brandenburg, Landesvorstand Sachsen, Landesvorstand Thüringen
Beschlussdatum:	30.10.2019
Tagesordnungspunkt:	W – Wahlnachlese

Antragstext

23,4 – 23,5 – 27,5 – Das sind die Ergebnisse der AfD bei den vergangenen Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen. Der gesellschaftliche Rechtsruck manifestiert sich für die nächsten 5 Jahre in 3 Landesparlamenten. Das war zwar zu erwarten, nichtsdestotrotz muss das das allerletzte Warnsignal sein, radikal umzusteuern.

Bei den Landtagswahlen war zu beobachten, dass sich an vielen Stellen der Zweikampf „AfD gegen die stärkste demokratische Partei“ kristallisierte, völlig unabhängig davon, welche Partei die stärkste demokratische Partei war. Es ist gut, dass die AfD nirgendwo stärkste Kraft geworden ist, wie es ihr Ziel war, was letztlich aber auch auf Kosten des Ergebnis von Bündnis 90/Die Grünen ging.

Vor allem in Thüringen ist das Ergebnis bitter. Aber auch in Sachsen und Brandenburg ist die Lage nicht viel rosiger. Das grüne Ergebnis in diesen beiden Ländern ist zwar das beste, das wir in den neuen Bundesländern je hatten, aber es zeigt: Wir haben noch sehr viel Arbeit vor uns, denn die progressive Linke ist zumindest in diesen Ländern noch nicht in der Breite der Gesellschaft angekommen, was sich auch daran zeigt, dass Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen zusammen weniger Stimmen erhalten haben als die AfD allein.

Doch es gibt auch einige positive Lichtblicke, die wir nicht unterschätzen sollten. Die Grünen haben ihre ersten Direktmandate in den neuen Bundesländern überhaupt geholt und viele GJ-Aktivist*innen aus ganz Deutschland waren unterwegs, um gemeinsam für ein gutes Ergebnis zu kämpfen. Diese innerverbandliche Solidarität ist notwendig und muss auch in Zukunft gepflegt werden.

<u>Unsere Demokratie ist in Gefahr - machen wir sie stärker!</u>

Nun erwarten uns schwierige Koalitionsverhandlungen und schwierige

Koalitionsjahre. Denn die Stärke der AfD und die an vielen Stellen herrschende Ablehnung der Linkspartei durch die CDU, sorgen rein rechnerisch für ein oft großes Maß an vermeintlicher Alternativlosigkeit.

In Brandenburg haben SPD und Grüne es verpasst, ein progressives Bündnis mit der Linkspartei zu schließen und vor allem die SPD scheint lieber den Stillstand mit der CDU verwalten zu wollen.

In Sachsen bildet sich ebenfalls ein Bündnis mit der SPD und der CDU heraus und dies schlicht, weil sich unter den gegebenen Voraussetzungen keine andere Koalition bilden lässt.

Noch schwieriger sieht es in Thüringen aus. Noch ist völlig offen, ob und wie eine Koalition zustande kommen kann. Ein „Nein“ der FDP und der CDU zur Linkspartei oder sogar eine mögliche Koalition mit der AfD, wie in Teilen der CDU gefordert, ist für unsere Demokratie schlicht unverantwortlich. Insbesondere die Thüringer AfD ist eine faschistische Partei und wer mit ihr reden will, kann keine Koalitionspartnerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein.

Eine Regierungsbeteiligung der AfD wäre ein entscheidender Kipppunkt für die Institutionalisierung des Faschismus. Das dürfen wir nicht zulassen. Um keinen Preis.

Und nun? - Linke Mehrheiten erkämpfen – Für das schöne Leben für alle!

Die Ergebnisse zeigen uns, dass es notwendig ist, die Bündnisgrünen auch weiterhin so stark wie möglich zu machen, da Thüringen erneut gezeigt hat, dass eine bündnisgrüne Fraktion im Landtag leider immer noch keine Selbstverständlichkeit ist.

Wir werden intern und extern auch weiterhin klar machen, dass der Rechtsruck nur mit progressiven Mehrheiten, insbesondere mit der SPD und der Linkspartei zu bekämpfen ist. Deswegen müssen wir auch weiterhin mit Jusos und der Linksjugend darauf hinwirken, dass linke, progressive Perspektiven in der Partei Gehör finden und sich die Parteien klar zur antifaschistischen Aktion bekennen.

Weiter bedeuten Demokratieförderung und eine klare Kante gegen Rechtsaußen auch immer Gendergerechtigkeit und Frauenförderung. Feminismus und Antifaschismus gehören zusammen!

Es mangelt allerdings auch an einer schlagkräftigen, handlungsfähigen Organisierung antifaschistischer Strukturen auf Bundesebene. Selbst die Finanzierung gut funktionierender, demokratiefördernder Projekte ist von der Gunst der Regierung abhängig und wird immer wieder gekürzt.

Wir müssen antifaschistische Bündnisse mit Perspektive aufbauen und gleichzeitig

Bündnisse zu anderen wesentlichen Themen stärken. Da wir für eine gesamtgesellschaftliche Veränderung kämpfen, müssen wir auch unsere Antworten auf die wesentlichen Fragen mehrheitsfähig machen. Dabei geht es insbesondere auch darum, jungen Menschen endlich eine Stimme zu geben. Unsere Parlamente sind weiterhin massiv überaltert und überproportional männlich - das muss sich ändern.

Wir wissen noch nicht, wie unsere Zukunft aussieht. Aber wir werden nicht einfach zusehen, sondern mit aller Kraft für das schöne Leben kämpfen.

Begründung

erfolgt mündlich